



Rede von Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW

20. März 2017, Sperrfrist: Beginn der Rede, ca. 14.15 Uhr. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrter Herr Laschet, liebe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

im Namen des DGB NRW und der acht Vorsitzenden unserer Gewerkschaften, die heute ebenfalls hier sind, begrüße ich Sie ganz herzlich. Rund zwei Jahre ist es her, dass wir unser Wirtschaftsprogramm NRW2020 vorgelegt haben. Darin habe wir eine kühne These formuliert, die lautet: Wenn Landesregierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften an einem Strang ziehen, können bis zum Jahr 2020 in Nordrhein-Westfalen 500.000 neue, sozialversicherte Arbeitsplätze entstehen.

Es gehört sicher nicht zum Mainstream, die Forderung nach mehr guten Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt eines Wirtschaftsprogramms zu stellen. Wir tun es trotzdem. Denn wir sind davon überzeugt, dass eine gute Wirtschaftspolitik mehr leisten muss als nur eine Steigerung des Bruttoinlandproduktes. Wirtschaftswachstum bedeutet nur dann einen Erfolg, wenn es zum Wohle aller beiträgt und für mehr Lebensqualität und Chancengleichheit sorgt. Eine gute Wirtschaftspolitik muss sich daher daran messen lassen, was sie für mehr Beschäftigung und gute Arbeit leistet.

Und noch ein Kriterium ist für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik entscheidend: Nachhaltigkeit. Das Ziel darf nicht *Wachstum um jeden Preis* lauten, sondern *Wachstum bei sinkendem Ressourcenverbrauch*. Kurzum: Für eine erfolgreiche Zukunft Nordrhein-Westfalens müssen die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen gleichermaßen in den Fokus genommen werden. Das ist der Maßstab für eine verantwortungsvolle Politik.

Ich freue mich, dass es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt, die diesen Ansatz mit uns teilen. Sie haben uns in den letzten beiden Jahren begleitet und stellen Ihnen und euch heute die Zwischenbilanz unseres Programms „NRW2020“ vor. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihnen für die Unterstützung herzlich zu danken. Frau Professorin Klammer und Herr Professor Bosch, der heute nicht hier sein kann, Frau Terstiep, Herr Professor Kronenberg, Herr Professor Horn, Herr Professor Hennicke und Dr. Edelgard Kutzner: Der regelmäßige Austausch, die konstruktiven Gespräche und sachlichen Diskussionen mit Ihnen haben unseren Horizont erweitert und zu einem hervorragenden Lagebericht geführt - herzlichen Dank dafür.

Aber jetzt kommen wir zum Eingemachten: Welche Ergebnisse liefert unsere Untersuchung? Lässt sich die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen als erfolgreich beschreiben? Wie haben sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahren entwickelt? Und wie weit sind wir noch von den geforderten 500.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen entfernt?

Liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich fange mit der guten Nachricht an: Bei unserer wichtigsten Forderung sind wir sehr gut vorangekommen. Seit Anfang 2015 sind in NRW gut 250.000 neue, sozialversicherte Arbeitsplätze entstanden. Eine Viertelmillion Menschen mehr

sind damit in der Lage, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das ist ein toller Erfolg, der sich voraussichtlich fortsetzen wird: Wenn wir so weiter machen wie bisher und unsere Potentiale entfalten, haben wir gute Chancen, unser Ziel zu erreichen und bis 2020 wirklich 500.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es einige Baustellen auf dem NRW-Arbeitsmarkt, die dringend angepackt werden müssen. So ist bei weitem noch nicht jeder Arbeitsplatz auch ein guter Arbeitsplatz. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet in Nordrhein-Westfalen im Niedriglohnbereich. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn ist es gelungen, die schlimmsten Auswüchse zu unterbinden und extremen Dumpinglöhnen einen Riegel vorzuschieben. Der Niedriglohnssektor aber bleibt. Das liegt auch daran, dass immer mehr Unternehmen die Tarifbindung verlassen und ihren Beschäftigten sichere und fair bezahlte Arbeit verweigern. Tausend Tricks werden angewendet, um Gewerke auszugliedern, die Tarifverträge zu unterlaufen und Gewerkschaften und Mitbestimmung aus dem Betrieb heraus zu drängen. Hier müssen wir von lohnschwachen Unternehmen sprechen, aber auch von schwarzen Schafen, die einen fairen Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und der Konkurrenz unterlaufen.

Eine solche Unternehmenskultur führt übrigens nachweislich nicht nur zu unzufriedenen Beschäftigten, sondern auch zu weniger Innovation und Fortschritt. Auch wenn die Politik nicht immer für das Verhalten der Unternehmen verantwortlich ist, so ist es doch ihre Aufgabe, hier gegenzusteuern und Regeln durchzusetzen. Ein Ende der sachgrundlosen Befristungen, strengere gesetzliche Vorschriften für Leih- und Zeitarbeit und eine Stärkung der Tarifautonomie würden die Arbeitsbedingungen für viele Menschen grundlegend verbessern. Wir wissen, dass Nordrhein-Westfalen allein hier keine Gesetzgebungskompetenz hat. Dennoch kann die Landespolitik etwas tun: Die Aufgabe besteht darin, den Parteifreundinnen und Parteifreunden in Berlin auf die Füße zu steigen und auch die Chancen der Bundestagswahl im September zu nutzen.

Es sind übrigens mehrheitlich Frauen, die zu schlechten Bedingungen und mieser Bezahlung arbeiten. Einer der Gründe liegt in den Minijobs, rund 1,8 Millionen davon gibt es allein in NRW. Wir machen uns seit langem dafür stark, dass sie voll sozialversicherungspflichtig werden, und zwar ab dem ersten Euro. Auch bei diesem Kampf erwarten wir die Unterstützung der Politikerinnen und Politiker aus Nordrhein-Westfalen.

Aber nicht nur schlechte Arbeitsbedingungen sind ein Problem auf unserem Arbeitsmarkt. Noch schwieriger ist die Situation für diejenigen, die kaum eine Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben. Rund 300.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen sind länger als ein Jahr ohne Job, sie sind sogenannte Langzeitarbeitslose. Oft fehlt es ihnen an Qualifikationen, manche sind in den Augen der Arbeitgeber schlicht zu alt, um für den ersten Arbeitsmarkt interessant zu sein. Der DGB in NRW hat sich dafür stark gemacht, für diese Frauen und Männer einen neuen sozialen Arbeitsmarkt ins Leben zu rufen. Dabei war uns wichtig, dass die geschaffenen Stellen unbefristet und tariflich bezahlt sind. Wir sind froh, dass die Landesregierung unserem Vorschlag gefolgt ist und 2017 erstmals einen solchen sozialen Arbeitsmarkt auf den Weg bringt. Klar ist aber auch: Die geplanten 4.000 Stellen werden nicht ausreichen, um das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit an der Wurzel zu packen. In der nächsten Legislaturperiode muss es also darum gehen, das Volumen deutlich auszuweiten. Das geht nur, wenn sich der Bundestag in Berlin ein Herz fasst und endlich den Aktiv-Passiv-Transfer zulässt. Wir bleiben dabei: Es ist besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.

Und wir können noch mehr tun. Wir wissen, dass es drei Mittel gibt, die hervorragend gegen Langzeitarbeitslosigkeit helfen: Diese Mittel heißen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Die Gefahr, langzeitarbeitslos zu werden, ist für Menschen ohne Ausbildung am größten. Wir unterstützen daher grundsätzlich den präventiven Politikansatz der Landesregierung, der den Zusammenhang von Herkunft und Bildung kappen und jedem Kind die gleichen Chancen einräumen möchte. Und richtig ist auch die Idee, die derzeit in Berlin diskutiert wird: Arbeitslose sollen durch ein längeres Arbeitslosengeld I belohnt werden, wenn sie sich weiterbilden.

Es gibt aber ein Problem, das sträflich vernachlässigt wird. Im vergangenen Jahr sind erneut 23.000 junge Leute in NRW bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgegangen. Das ist nicht nur für die einzelnen jungen Frauen und Männer, sondern auch für die Entwicklung unseres Bundeslandes dramatisch, denn die Unausgebildeten von heute sind die Langzeitarbeitslosen von morgen. Klar ist, dass hier zuallererst die Unternehmen in der Verantwortung stehen. Sie lassen seit Jahren zu, dass es große quantitative, aber auch qualitative Mängel auf unserem Ausbildungsmarkt gibt. Absichtserklärungen, diese Situation zu verbessern, laufen regelmäßig ins Leere. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, hier einzugreifen und Regelungen festzuschreiben. Aus der Pflege und dem Baugewerbe wissen wir, dass Ausbildungsumlagen hervorragend funktionieren. Daher verlangen wir, zumindest in den Problembranchen diesem Vorbild zu folgen und eine verbindliche Ausbildungsumlage gesetzlich festzulegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeits- und auch Ausbildungsplätze entstehen nicht im luftleeren Raum, es bedarf einiger Voraussetzung. Dazu gehören ausreichend private und öffentliche Investitionen, aber auch Innovationen, die zu neuen Produkten und Dienstleistungen führen. Wir haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daher gebeten, sich auch mit diesen Faktoren auseinanderzusetzen.

Die Ergebnisse zeigen, dass in Nordrhein-Westfalen seit langem zu wenig investiert wurde – und zwar sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor. Unser Bundesland hat hier einen enormen Nachholbedarf. Wir sind zum Glück nicht die ersten, die das erkannt haben, auch die Landesregierung bemüht sich inzwischen, hier gegenzusteuern. So bekommt NRW neuerdings mehr Bundesmittel für Infrastrukturprojekte und ist demnächst auch beim Länderfinanzausgleich bessergestellt. Darüber hinaus spült die Überführung von Steuersündern mehr Geld in die Landeskasse. Dies ermöglicht dem Land, mehr Mittel für Straßen, Schulen und Universitäten auszugeben und dadurch seine Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Und auch im öffentlichen Dienst wurde endlich die Kehrtwende eingeleitet und wieder deutlich mehr Personal eingestellt.

Trotz dieser Erfolge fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld, vor allem bei den Kommunen und im Bildungswesen. Der DGB und seine Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass die Lösung dieses Problems in einem gerechteren Steuersystem liegt. Die, die deutlich mehr haben, müssen auch deutlich mehr zahlen. Es ist ein Skandal, dass Einkünfte aus Arbeit derzeit höher besteuert werden als Einkünfte aus Vermögen. Deshalb brauchen wir endlich angemessene Steuern auf Erbschaften, Vermögen und hohe Einkommen!

Wenn wir von Investitionen sprechen, ist natürlich nicht nur der Staat gefragt. Auch unsere Unternehmen müssen eine gehörige Schuppe drauflegen und wieder mehr in NRW investieren, mehr Geld für Forschung und Entwicklung aufwenden. Bei der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen ist im Vergleich zu manch anderem Bundesland noch reichlich Luft nach oben. Kurzum: Die Unternehmen in NRW unternehmen nicht genug! Das muss sich ändern.

Ich hatte es zu Beginn schon angesprochen: Die Gewerkschaften setzen auf eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen kommt hier eine Schlüsselrolle zu, weil wir ein starker Industriestandort mit besonders vielen energieintensiven Unternehmen sind und bleiben wollen. Unsere Analyse offenbart ein erstaunliches Ergebnis in diesem Bereich: Nordrhein-Westfalen hat es in den vergangenen 20 Jahren geschafft, seinen Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken und gleichzeitig wirtschaftlich zu wachsen. Das zeigt, dass tatsächlich beides Hand in Hand gehen kann: Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. Diesen Weg sollten wir konsequent fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

wie lassen sich die Ergebnisse unserer Zwischenbilanz nun zusammenfassen? Aus unserer Sicht sind wir in Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg, auch wenn noch nicht alle Potenziale voll ausgeschöpft sind. Von der nächsten Landesregierung erwarten wir, dass sie die Entstehung neuer, sozialversicherter Beschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellt und gute Arbeit für Gute Arbeit leistet. Sie muss die sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen gleichermaßen in den Blick nehmen und für eine sichere Zukunft aller Menschen in Nordrhein-Westfalen sorgen.

Voraussetzung dafür ist, dass die einzelnen Ressorts noch stärker zusammenarbeiten, also die Ministerien für Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltschutz. Und wir müssen den breiten gesellschaftlichen Dialog fortsetzen, den wir in den letzten Jahren begonnen haben. Wir erleben einen sehr kooperativen Umgang zwischen Landesregierung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Arbeitgeberverbänden, Wissenschaft und Gewerkschaften. Diese Kultur hat nicht nur zu erfolgreichen Projekten wie der „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0“ geführt. Ich bin mir sicher, dass es den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, wenn Regierungen nicht im Alleingang entscheiden, sondern sich alle Verantwortlichen auf Augenhöhe begegnen und demokratisch mitgestalten können. Und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken ist in diesen Zeiten wichtiger denn je.

Wir stehen am Beginn eines besonderen Wahljahres 2017. Die Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass Solidarität der Schlüssel für eine gute Zukunft ist. Politischen Kräften, die versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten, sollten wir keine Stimme geben. Im Mai und im September haben wir alle die Wahl:

Mehr gute Arbeit, mehr soziale Sicherheit, die Erhaltung einer gesunden Umwelt und mehr Gerechtigkeit sind aus Sicht der Gewerkschaften Ziele, für die es sich zu streiten lohnt.

Herzlichen Dank